Preis: mit Literar. Beilage 5 Grusch

Preis: mit Literar. Beilage 5 Grusch

Preis der Einzelnummer 5 Grusch
Bezugspreis
Inland: 1 Monat 1 75 T. Pfd., 3 Monate 4.75 T.Pfd., 6 Monate 8.50 T.Pfd., 12 Monate 15.- T. Pfd. Ausland: 1 Monat 5.- R.-Mark, 3 Monate 13 - R.-Mark, 6 Monate 25.- R.-Mark oder Gegenwert. Alles einschliesslich Porto. Inserate: 1. Seite 1 cm. 100 Grusch, 2. Seite 75 Grusch, 3 Seite 60 ---- Grusch, 4 Seite 30 Grusch. ---- (Inlandspreise)
Geschaftsleitung: Schischhane-Karakol Jokuschu, Saverio-Caleja-Gasse, Phoenixhaus.
Drahtanschr.: Turkpost
Fernspr.: Pera 1733
Postfach: Galata 269.

Türkische Post

تورکیشه پوسطه

شیخه‌سی ۵ غروش
آبونه
داخلده‌کی : ... ۱,۷۵ ... ۴,۷۵ لیره
... ۸,۵ ... ۱۵ لیره
خارجده‌کی : ... ۵ ... ۱۳ ...
... ۲۵ ...
اعلانات
۱ نجی صحیفه‌ده ... ۱۰۰ ... ۷۵
۲ نجی صحیفه‌ده ... ۵۰ ... ۴ نجی صحیفه‌ده ... ۳۰ غروش
... ۱۷۳۳
پوسته قوتوسی ... ۲۶۹

2. JAHRGANG NO. 326 — Tageszeitung für den Nahen Osten — Konstantinopel, Sonnabd., 26. Nov. 1927

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Wirtschaftskammer für Oesterreich, Wien.

Tagesspiegel.

§ روسیه رسمی بر صورتده لیتوانیایه قارشی بر هجومه مساعده ایدیه‌جکی ایستان حکومتی اخطار ایتمشدر .
§ لیتونوف ستره‌مان ایله برلینده اوزون بر ملاقاته برلمشدر .
§ « لوناچارسکی » نك روما روس سفارتلکنه تعین ایدیله‌جکی سویلنکده‌در .

Sowjetrussland warnte die polnische Regierung offiziell vor jedem Angriff auf Litauen.

Litwinoff hatte in Berlin eine lange Unterredung mit Stresemann.

Zum russischen Botschafter in Rom soll Lunatscharski ernannt werden.

Athen in Erwartung Weniselos.

(Eigener Dienst der «Türkischen Post»)

Athen, den 22. November.

Die für morgen erwartete Ankunft Wenizelos' in Athen wird mit gemischten Gefühlen begrüsst. Selbst der Führer der weniselistischen Partei, Finanzminister Kafandaris, soll den von Weniselos ausgesuchten Zeitpunkt als äusserst ungünstig bezeichnen. Er befürchtet durch dessen Anwesenheit in Athen neue Schwierigkeiten für die an sich schon unsichere Regierung. Weniselos hat sich alle Demonstrationen und Empfangsfeierlichkeiten zu seinen Ehren verbeten, man nimmt aber an, dass es sich die Vereinigung der Weniselisten nicht nehmen lassen wird, ihrem einstigen Führer stürmische Ovationen zu bereiten. Weniselos' Reise soll angeblich einen rein privaten Charakter haben, doch untersteht es keinem Zweifel, dass er seinen Freunden mit «guten Ratschlägen» an die Hand gehen wird, was gleichbedeutend ist mit einem Wirken hinter den Kulissen. Auch soll der unruhige General Kondilis mit Weniselos in recht unzweideutigen Beziehungen stehen, eine angeblich für vergangenen Sonntag geplante Demonstration der Kondilisten soll von ihrem Chef wegen der bevorstehenden Ankunft des kretensischen Politikers verschoben worden sein. Es ist jedenfalls nicht ganz ausgeschlossen, dass Weniselos' Besuch in Athen, früher oder später, sich irgendwie politisch auswirken wird. Weitere Absicht des rückkehrenden kretischen Staatsmannes scheint seine evtl. Kandidatur für den Präsidentschaftsposten zu sein. Herr Weniselos und Frau werden im Petit Palais absteigen.

Griechische Minister unterwegs nach Genf.

(Eigener Dienst der «Türkischen Post»)

Athen, den 25. November.

Finanzminister Kafandaris wird morgen nach Genf abreisen, wo seine Anwesenheit wegen den noch schwebenden Finanzfragen erforderlich ist. Auch der Finanzminister Michalakopulos reist nach Genf, aber einige Tage später, wahrscheinlich am 2. Dezember. Beide Minister hoffen, dass ihr Aufenhalt im Auslande nur kurze Zeit dauern wird.

Die deutsch-griechischen Verhandlungen.

(Eigener Dienst der «Türkischen Post»)

Athen, den 24. November.

Die deutsche, Sonnabend hier eingetroffene Kommission hat mit der griechischen Kommission die Arbeiten aufgenommen und man ist beiderseits rege tätig um in möglichst kurzer Frist den deutsch griechischen Handelsvertrag zustande zu bringen. Zunächst haben Beratungen über die Zollfragen stattgefunden. Der deutsche Gesandte Renner gab der Kommission nach ihrer Ankunft ein Essen, zu der auch die angesehensten Vertreter des deutschen Kaufmannstandes in Athen eingeladen waren.

Komitatschi-Prozess in Saloniki.

(Eigener Dienst der «Türkischen Post»)

Athen, 25. Nov.

In Saloniki hat vorgestern die Hauptverhandlung gegen die beiden Komitadschis Kulelis und Nanoff begonnen, die angeblich vor Monatsfrist viele Gebäude in Saloniki, darunter das serbische Konsulat, in die Luft sprengen wollten und bei denen man auch Bomben vorfand.

Albanien und die griechische Sprache.

(Eigener Dienst der «Türkischen Post»)

Athen, 25. November.

Nach hier eingelaufenen Nachrichten ist im südlichen Albanien der Gebrauch der neugriechischen Sprache in den dortigen Schulen verboten worden.

Der türkisch-griechische Zwischenfall.

Adrianopel, 25. Nov.

Der Führer der parlamentarischen Delegation hat ein ausführliches Telegramm über den Zwischenfall von Kuleli-Burgas an den Präsidenten der Grossen Nationalversammlung abgesandt. Gegen 5 Uhr morgens liess sich der Innenminister Schükri Kaja Bej vom Wali von Adrianopel telegraphisch Bericht erstatten. Schükri Kaja Bej teilte mit, vom Stadtpräfekten Konstantinopels Muhiddin Bej ein Telegramm über den Zwischenfall erhalten zu haben. Er billige vollkommen die Haltung der Delegation. Schükri Kaja Bej verlangte Einzelheiten, die für diplomatische Anfragen als Unterlagen dienen sollen. Unter anderm fragte er auch, ob man beim Ueberfahren der Grenze irgend ein Signal bemerkt hätte. Der Wali lieferte alle nötigen Einzelheiten.

Vor der Nationalversammlung.

Angora, 25. Nov.

Die Regierung verfolgt aufmerksam die Haltung der Griechen. Der Zwischenfall wurde hier um Mitternacht bekannt. Trotz des Freitages, des Ruhetages, kamen die Abgeordneten in den Salons der Grossen Nationalversammlung zusammen, um ihre Meinungen über den Zwischenfall auszutauschen. Es heisst, dass der Zwischenfall in der Montagssitzung zur Diskussion stehen wird. Spät am Abend hielten der Ministerpräsident Ismet Pascha, der Präsident der Grossen Nationalversammlung, Kjasim Pascha, der Innenminister Schükri Kaja Bej und der Aussenminister Tewfik Rüschdi Bej eine Sitzung ab. Man nimmt an, dass der türkisch-griechische Zwischenfall in dieser Sitzung besprochen worden ist.

Die türkische Presse.

Die „Milliet" sagt folgendes: Als man bei der Konferenz von Lausanne über den Missstand sprach, Züge, die nach Adrianopel fahren, über griechisches Gebiet leiten zu müssen, glaubte man eine Lösung durch Hinzufügung eines besonderen Artikels gefunden zu haben, wonach die Züge keinerlei Formalität unterworfen sein sollten. Derselbe Artikel sah auch einen vom Völkerbund bestimmten Kommissär vor, der über die Anwendung dieses Artikels zu wachen haben würde.

Es ist festgestellt worden, dass der griechische Offizier, der in Kuleli-Burgas die Durchfahrt der in den türkischen Farben geschmückten Waggons verbot, der griechische Platzkommandant von Dimotika war, der Offizier daher von der griechischen Regierung eigens nach Kuleli Burgas gesandt worden war, um die Durchfahrt zu verbieten. Wir wollten bei der griechischen Gesandtschaft Auskünfte über den Zwischenfall einholen, der eine offene Verletzung der internationalen Verträge und besonders der Klauseln des Lausanner Vertrages darstellt. Die griechische Gesandtschaft erklärte jedoch, nichts über den Zwischenfall zu wissen, und teilte mit, dass eine eigene Untersuchung angestellt werden würde. Diese Antwort kann wohl kaum der türkischen öffentlichen Meinung Genugtuung bereiten. Für den Augenblick begnügen wir uns, die Tatsachen lediglich zu registrieren. Unsere Regierung wird selbstverständlich die nötigen Massnahmen ergreifen.

Die «Dschümhuriet» bringt einen scharfen Artikel mit ausserordentlich scharfen Ausfällen gegen Griechenland, aus denen die Erregung in türkischen Kreisen über den Zwischenfall deutlich hervortritt.

Die Zeitungen «Ikdam» und «Wakit» bringen lediglich kurze und sachliche Mitteilungen über den Zwischenfall.

* * *

Der Artikel 108 des Lausanner Vertrages, auf den die «Milliet» Bezug nimmt, lautet wie folgt:

«Die Reisenden und Waren, die aus der Türkei oder Griechenland kommen oder für die Türkei und Griechenland bestimmt sind, unterliegen auf den drei Teilstrecken der Orientbahn zwischen der griechisch-bulgarischen und der griechisch-türkischen Grenze bei Kuleli-Burgas beim Transit keinerlei Taxe oder Pass- und Zollkontrolle. Die Ausführung der Bestimmungen vorliegenden Artikels wird durch einen vom Völkerbundsrat gewählten Kommissär gewährleistet.

Verschärfung der Wilna-Krise

Pilsudski in Wilna. - Litauische Befürchtungen.

Warschau, 24. Nov.

Marschall Pilsudski hat sich gestern abend plötzlich nach Wilna begeben. Die Blätter vermuten in dieser Reise eine Demonstration angesichts der gerade jetzt in Genf bevorstehenden Verhandlungen über den polnisch-litauischen Konflikt, zumal auch gleichzeitig die polnischen Gesandten in Rom, Moskau und Riga nach Wilna gefahren sind.

Riga, 24. Nov.

Der zwischen Litauen und Polen wegen der im Jahre 1920 erfolgten Besetzung Wilnas durch polnische Truppen bestehende Konflikt hat sich neuerdings bedeutend verschärft. Heute fand in Wilna eine Konferenz des Marschalls Pilsudski mit dem polnischen Aussenminister Zalewsky und dem polnischen Generalstabe statt, die den ganzen Tag über andauerte. In Kowno bestehen ernste Befürchtungen, dass die Polen eine neue Annexion litauischen Gebietes vorbereiten. Die litauische Armee hat den Befehl erhalten, sich jedem polnischen Angriff auf das entschiedenste entgegenzusetzen.

Russlands Warnung an Warschau.

Warschau, 25. Nov.

Der russische Gesandte in Warschau überreichte der polnischen Regierung eine Note des Inhalts, dass die Sowjetregierung weder neutral noch untätig bleiben könne, wenn Polen irgendwelche Angriffsabsichten gegen Litauen hege.

Die bulgarische Minderheit in der Dobrudscha.

Sofia, 24. Nov. (A.A.)

Der Sozialist Sakasoff richtete im Namen seiner Partei durch eine Interpellation in der Sobranje die Aufmerksamkeit der bulgarischen Regierung auf die von den Rumänen gegenüber der bulgarischen Bevölkerung der südlichen Dobrudscha verübten Ausschreitung, wo Dutzende von Bulgaren der schlimmsten Behandlung durch die rumänischen Behörden unterworfen worden seien. Die Interpellanten regen an, dass die Regierung beim Völkerbunde eine Untersuchung der Angelegenheit veranlasst. (Wir berichteten bereits, in Nr. 321 der T. P. eingehender über die Zustände in der Dobrudscha, was durch obige Meldung erneut bestätigt wird. d. Red.)

Ein Generalinspektor für die Ostwilajete?

Ibrahim Tali Bej Generalinspektor?

Der Belagerungszustand für die Ostwilajete lief bis zum 23. Oktober 1927 und ist, wie wir bereits früher berichteten, bisher nicht wieder ausgerufen worden. Wie wir erfahren, ist vom Innenministerium die Einrichtung eines Generalinspektorats für die Ostwilajete vorgesehen. Der Generalinspektor soll dann in den Zonen, in deden es nötig ist, den Belagerungszustand erklären können. Das Gesetz über die Einrichtung eines Generalinspektorats in den Ostwilajeten wird seit Monaten bereits studiert und die endgültige Form ist bereits fast fertiggestellt. Der Sitz des Generalinspektors soll Diarbekir sein. Er soll Spezialisten aus den Ministerien zugeteilt bekommen. Der hierfür nötige Beamtenkörper ist bestimmt. Es verlautet dass zum Generalinspektor der Volksparteiinspektor der 13. Zone und Abgeordnete von Diarbekir Ibrahim Tali Bej ernannt werden soll. Zum Volksparteiinspektor für die 13. Zone Konstantinopel) soll der bisherige Volksparteiinspektor der 6. Zone Diarbekir, und Abgeordnete von Konia Newsad Bej ernannt werden.

Die Kommunisten.

Die in Adana verhafteten Kommunisten sind gestern unter Gendarmeriebedeckung in Konstantinopel eingeliefert worden. Der Untersuchungsrichter Nasim Bej wird heute zuerst die in Smyrna verhafteten Kommunisten verhören und darauf die in Adana festgenommenen Kommunisten vorführen lassen.

Der Kampf gegen den Schmuggel.

Angora, 24. Nov.

Das Innenministerium hat Massnahmen zur scharfen Bekämpfung des Schmuggels getroffen. So gelang es, unlängst in der Nähe von Malatia eine grössere Schmuggelbande zu stellen. Neun Schmuggler so wie alle Lasttiere und die geschmuggelten Waren gelangten in die Hände der Gendarmerie.

Was wird mit dem Prinzen Carol?

Paris, 25. Nov.

Wie hier verlautet, haben die rumänischen Oppositionsparteien den früheren Kronprinzen aufgefordert, unverzüglich nach Bukarest zurückzukehren.

Nach einer anderen Meldung erging von Seiten der rumänischen Regierung an die hiesige rumänische Gesandtschaft die Weisung, dem früheren Kronprinzen zu erklären, dass seine Heimkehr nach Rumänien nicht statthaft sei und dass jeder derartige Versuch auf das schärfste bekämpft werden würde.

Bukarest, 25. Nov. (AA)

Die Meldung, dass die rumänische Opposition den Prinzen Carol zur Rückkehr aufgefordert habe, wird hier kategorisch dementiert.

Das deutsche Beileid.

Berlin, 25. November.

Der Reichsaussenminister sandte anlässlich des Todes Bratianus dem rumänischen Aussenminister Titulescu ein Beileidstelegramm.

Wurde König Carol ermordet?

Budapest, 25. November.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung erregte es grosses Aufsehen, als Vizepräsident Huscor bekannt gab, dass der König Carol von Rumänien im Oktober 1914 durch vergifteten Kaffee ums Leben gekommen sei. Die Königin Witwe Carmen Sylva soll dies dem Kaiser Franz Josef in einem Handschreiben mitgeteilt haben.

Aus Deutschland.

Der Reichstag.

Berlin, 25. Nov.

In seiner heutigen Sitzung beschloss der Reichstag seine Vertagung bis zum kommenden Donnerstag, um den Ausschüssen die nötige Zeit zur Fertigstellung der Besoldungsvorlage zu gewähren.

Die Reichstagsfraktionen des Zentrums und der Sozialdemokraten forderten die Regierung in Interpellationen auf, in den Streik in der Zigarrenindustrie einzugreifen, der gegenwärtig zur Aussperrung von etwa 120.000 Arbeitern geführt hat.

Im Haushaltsausschuss des Reichstages erklärte der Vertreter der Regierung, diese lege Wert darauf, die Beamtenbesoldungsvorlage bis Mitte Dezember endgültig verabschiedet zu sehen, damit die Auszahlung der neuen Erhöhungen noch vor Weihnachten erfolgen könne. Der Reichtag müsse die Vorlage daher in der nächsten Woche verabschieden, um dem Reichsrate Zeit zur Beratung zu lassen.

Die hiesigen Blätter beschäftigen sich vielfach mit dem Zeitpunkte der nächstjährigen Reichstagswahlen und sind in ihrer Mehrheit der Meinung, dass der gegenwärtige Reichstag im Juni aufgelöst wird und dass die Wahlen noch vor der Ernte stattfinden werden.

Litwinoff bei Stresemann

Berlin, 25 Nov.

Heute mittag empfing Reichsaussenminister Dr. Stresemann den auf der Durchreise nach Genf hier eingetroffenen russischen Delegierten zur Vorbereitenden Abrüstungskonferenz, Litwinoff und hatte mit ihm eine längere Unterredung.

Nach einer halbamtlichen Mitteilung beschäftigten sich die beiden Staatsmänner u. a. auch mit den polnisch-litauischen Differenzen, die man in Moskau und in Berlin mit grosser Aufmerksamkeit verfolgt. Da dieselbe Besorgnis auch von anderen Mächten geteilt wird, dürften sich die massgebenden Staatsmänner in Genf gelegentlich der Dezembertagung des Völkerbundsrates eingehend mit den polnisch-litauischen Fragen beschäftigen, um eine gütliche Beilegung der bestehenden Schwierigkeiten zu versuchen.

Liquidation des Mexiko-Aufstandes.

London, 24. November.

Die mexikanische Regierung liess 4 der an dem letzten Attentat gegen den General Obregon beteiligten Personen erschiessen.

Der aus Mexiko verbannte Erzbischof Durango Gonzales fordert die Gläubigen seiner Diözese von Rom aus in einem Hirtenbriefe zum Widerstande auf, er bestreitet die Meldung, nach der er sich mit der Regierung Calles geeinigt haben soll.

Letzte Nachrichten

Abrüstungsdebatte im Unterhause.

London, 25. November.

Während der Debatte über die Abrüstungsfrage warf heute Ramsay Macdonald der britischen Regierung vor, sie habe die Genfer Dreimächtekonferenz nicht genügend vorbereitet. Der Fehlschlag der Konferenz sei darauf zurückzuführen, dass die alte Methode, die zum Weltkriege geführt hat, auch auf der Konferenz geherrscht habe.

Chamberlain antwortete auf diese Angriffe in einer längeren Rede insbesondere mit dem Hinweise, dass die Konferenz, als von den U.S.A. einberufen, auch der Vorbereitung durch die U.S.A. und nicht durch England bedurft hätte.

Ein deutsch-polnisches Abkommen.

Berlin, 25. Nov.

In Warschau wurde gestern der deutsch-polnische Vertrag über die Regelung der Verhältnisse der polnische Wanderarbeiter in Deutschland unterzeichnet.

Diplomatischer Diebstahl.

Paris, 25. Nov.

Nach dem «Petit Journal» ist dem französischen Militärattaché in Bukarest dieser Tage im Eisenbahnzuge Paris-Saarlouis ein militärisches Dokument geraubt worden.

Vertrauensvotum für Saimis.

Athen, 25. Nov. (AA)

Nach einer langen Debatte über das Finanzprogramm Kafandaris sprach die griechische Kammer der Regierung Saimis mit 160 gegen 71 Stimmen das Vertrauen aus.

Die Pest in Kolombo

London, 26. Nov.

In Kolombo auf Ceylon ereigneten sich unter den Mitgliedern des Kandy-Clubs mehrere Pestfälle, weswegen auf Grund ärztlicher Anordnung 5 Europäer, darunter der Vorsitzende des Stadtrates, und 25 Eingeborene als pestverdächtig isoliert wurden.

Griechenland zwischen zwei Feuern.

Die Salonikifrage, die „es nicht gibt".

(Von unserem Berichterstatter aus Athen)

Athen, Mitte November.

Im Südosten Europas haben sich zwei streng umrissene Gruppen gebildet, die englisch-italienische und die französisch-serbische, deren Gegensätze sich von Tag zu Tag verschärfen, die Europa wieder zu einem trockenen Pulverfasse machen, dessen Zündloch wie früher auf dem Balkan liegt. Beide Gruppen führen naturgemäss eine Reihe von Vasallen mit sich, je nachdem sich die Interessen tangieren, zur ersten oder zur zweiten gehörend. Griechenland, das nun auch für eine solche Interessengemeinschaft in Frage käme, schwebt noch unentschlossen zwischen den beiden in diplomatischer Fehde liegenden Verbänden, und es möchte, wie es den Anschein hat, ohne Farbe zu bekennen, auch weiter schön so in der Schwebe verbleiben. Es hat sich vorläufig eher zur englisch-italienischen Gruppe geneigt, ohne jedoch so weit zu gehen, dass man bestimmt behaupten könnte, es sei gänzlich in dieses Fahrwasser eingelaufen oder völlig im Schlepptau englisch-italienischer Politik. Frankreich und Italien entfalten deshalb in Athen eine grosse diplomatische Rührigkeit, beide wollen Griechenland auf ihre Seite ziehen. Frankreich glaubt dies augenblicklich durch einen Finanzdruck zu erreichen, Italien durch ein ständiges Erinnern an die «serbische Gefahr». Nun ist Griechenland im ganzen betrachtet wenigstens im Augenblick kein Land, dass des Werbens in so besonderem Masse würdig wäre, seine innere Lage ist so ungeklärt, so chaotisch, so unsicher, dass es kaum ins Gewicht fällt. Dazu kommt nun noch die geradezu katastrophale Finanzlage und die zurzeit von politischen Tendenzen zersetzte, recht wenig Kampfeswert aufweisende Armee, es bietet also fast nichts, was es irgendwie als «Heiratsgut» bei einer innigeren Verbindung mit der einen oder anderen Gruppe einbringen könnte. Und doch besitzt Griechenland etwas, weswegen man mit ihm schön tut, um seine Einbeziehung in seine Interessensphäre zu erreichen. Es ist dies zunächst seine geographische Lage, seine, verhältnismässig grosse Seetüchtigkeit, und in der Hauptsache — Saloniki!

Frankreich, das bisher traditionell die Führerrolle in allen Fragen des Ostens *inne hatte, sieht sich plötzlich durch* Italien in seiner Vormachtstellung bedroht. Die grossen imperialistischen Pläne der «geliebten lateinischen Schwester» rufen in Paris Beunruhigung hervor und so schloss man, um seine «friedlichen Absichten» ganz besonders zu unterstreichen, den Pakt mit Serbien vom 11. November! Zu Serbien gehört nach Belgrader Auffassung Saloniki, das zwar griechisch ist, für die es, wie der griechische Aussenminister kategorisch erklärte: «Keine Salonikifrage gäbe.» So versucht man es zunächst mit einer friedlichen Durchdringung Salonikis, an der die Serben zäh festhalten, wie auch aus dem kürzlich abgeschlossenen griechisch-serbischen Handelsvertrag deutlich hervorgeht: Gründung von Banken und Handelskammern, die für Griechenland in Serbien keinen besonderen politischen Wert haben, aber umgekehrt umsomehr. Saloniki wird eine serbische Bank, eine erweiterte südslawische Handelskammer erstehen sehen, serbische Kaufleute werden nachfolgen, serbische Schulen gegründet werden, serbische Beamte *für die betreffenden staatlichen* Anstalten sich ansiedeln, mit einem Wort — die serbische «pénétration pacifique» ist in Saloniki im Anmarsch. Ist nun Griechenland seinem serbischen Nachbar nicht wunschgemäss gefügig, nun, was hindert ihn dann, aus den mazedonischen Schluchten und Bergen durch das Wardartal hinabzusteigen und sich zu holen, was man ihm sonst verweigert. Saloniki ist auch für Frankreich interessant, seine Munitionsfabrikanten können ohne weitere Kontrolle ihre mörderischen Produkte verschwiegen über ein serbisches Saloniki nach den Frankreich ergebenen Ländern verladen, können Serbien selbst und Rumänien, ja bis Polen hinauf mit dem Notwendigsten versehen, was man zu einem Kriege braucht. Griechenland hat also von der französisch-serbischen